

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 99 (2002)
Heft: 11

Artikel: Gewalt gegen Frauen koordiniert bekämpfen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840369>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewalt gegen Frauen koordiniert bekämpfen

Neue Fachstelle des EDI

Gewalt gegen Frauen ist auch in der Schweiz ein verbreitetes gesellschaftliches Problem. Um auf Bundesebene dagegen vorzugehen, schafft das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die neue «Fachstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen».

Neuere Studien zeigen, dass jede fünfte Frau in der Schweiz in ihrer Partnerschaft mindestens einmal körperliche oder sexuelle Gewalt erleidet; mindestens eines von fünf Mädchen unter 18 Jahren wird Opfer sexueller Übergriffe, Gewalt gegen Frauen hat schwer wiegende Folgen. In erster Linie für die Opfer, die Schaden an ihrer physischen und psychischen Gesundheit erleiden. Aber die meist von Männern verübten Gewaltdelikte gegen Frauen kosten auch den Staat viel Geld: Die Kosten für das Gesundheitswesen, für Interventionen von Polizei und Justiz sowie die wirtschaftlichen Einbussen werden auf über 400 Millionen Franken pro Jahr geschätzt.

In verschiedenen Kantonen und Gemeinden gibt es bereits Angebote zur Beratung und Betreuung von Gewaltopfern. Mehrere kantonale Interventions-

projekte streben einen besseren Schutz der Opfer, eine effizientere Verfolgung der Täter und Programme für die Arbeit mit den Tätern an. Auch in der Bundesverwaltung arbeiten verschiedene Stellen an Teilespekten von Gewalt gegen Frauen.

Koordinieren, informieren

Die neue Fachstelle soll die Aktivitäten zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Organisationen koordinieren. Sie sammelt und verbreitet gezielt Informationen und Erkenntnisse über alle Formen von Gewalt gegen Frauen, über Prävention, Beratung, gesetzliche Rahmenbedingungen und Interventionsmöglichkeiten. Ferner fördert sie die interdisziplinäre Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen allen in diesem Gebiet tätigen AkteurInnen und entwickelt Weiterbildungsangebote. Sie wird dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann angegliedert und startet Anfang 2003 mit 2,5 Stellen. *pd/ms*

Gewalt in privaten Beziehungen ernster nehmen

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität» (NFP 40) wurden in 30 Projekten zahlreiche Fragen dazu untersucht. Nach sechs Jahren Forschung haben die Verantwortlichen des NFP 40

die Ergebnisse an einer Abschlussveranstaltung präsentiert. Sie suchten den Dialog mit Personen aus Praxis und Politik und regten an, aus den Forschungsresultaten Konsequenzen zu ziehen und die nötigen Taten folgen zu lassen.